

Regelungsbedarfe für eine landesgesetzliche Schuldenbremse

Karin Klingen

Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin

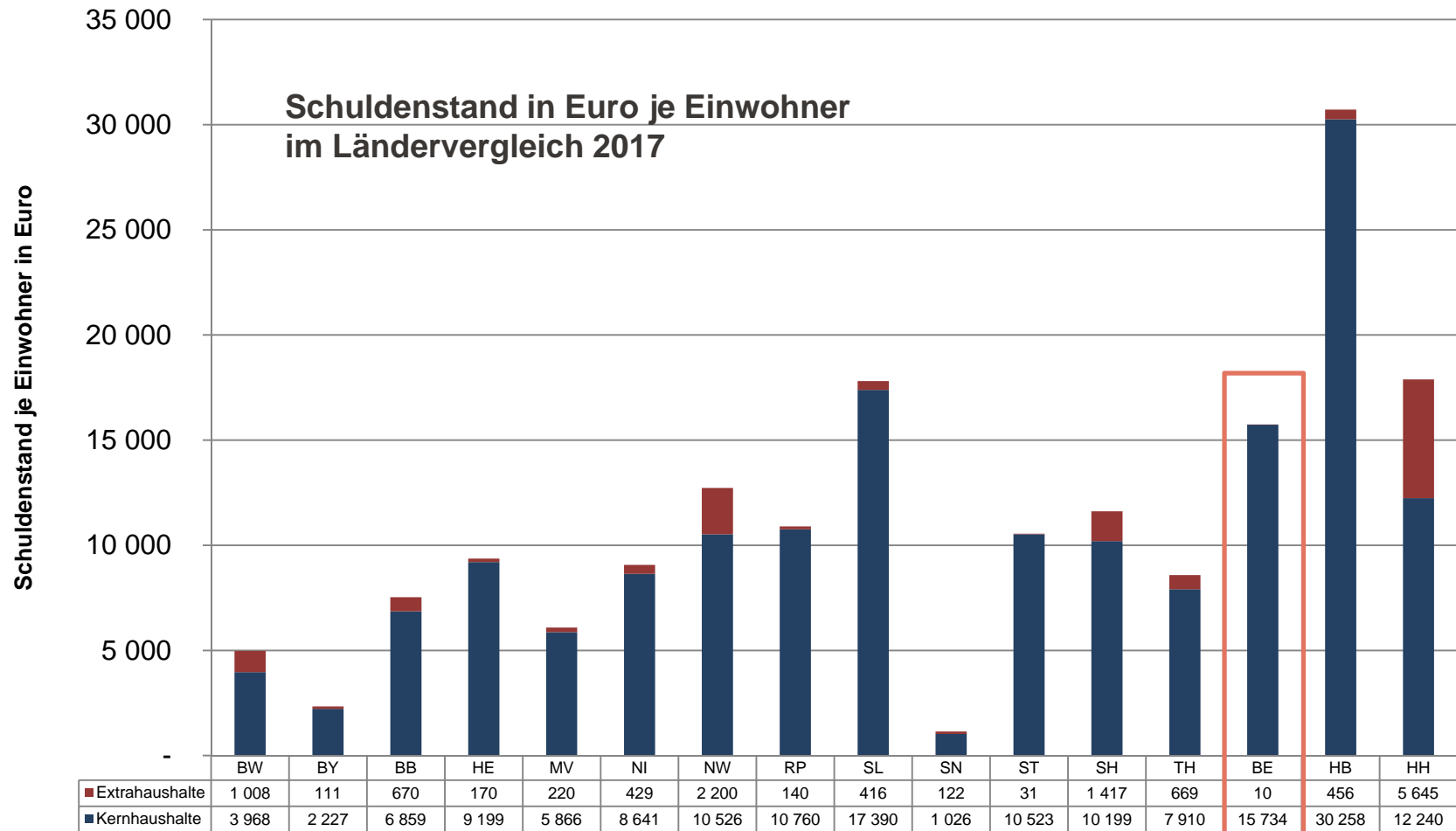
Gliederung

- 1. Ausgangslage**
- 2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber**
- 3. Empfehlungen des Rechnungshofs**

1. Ausgangslage

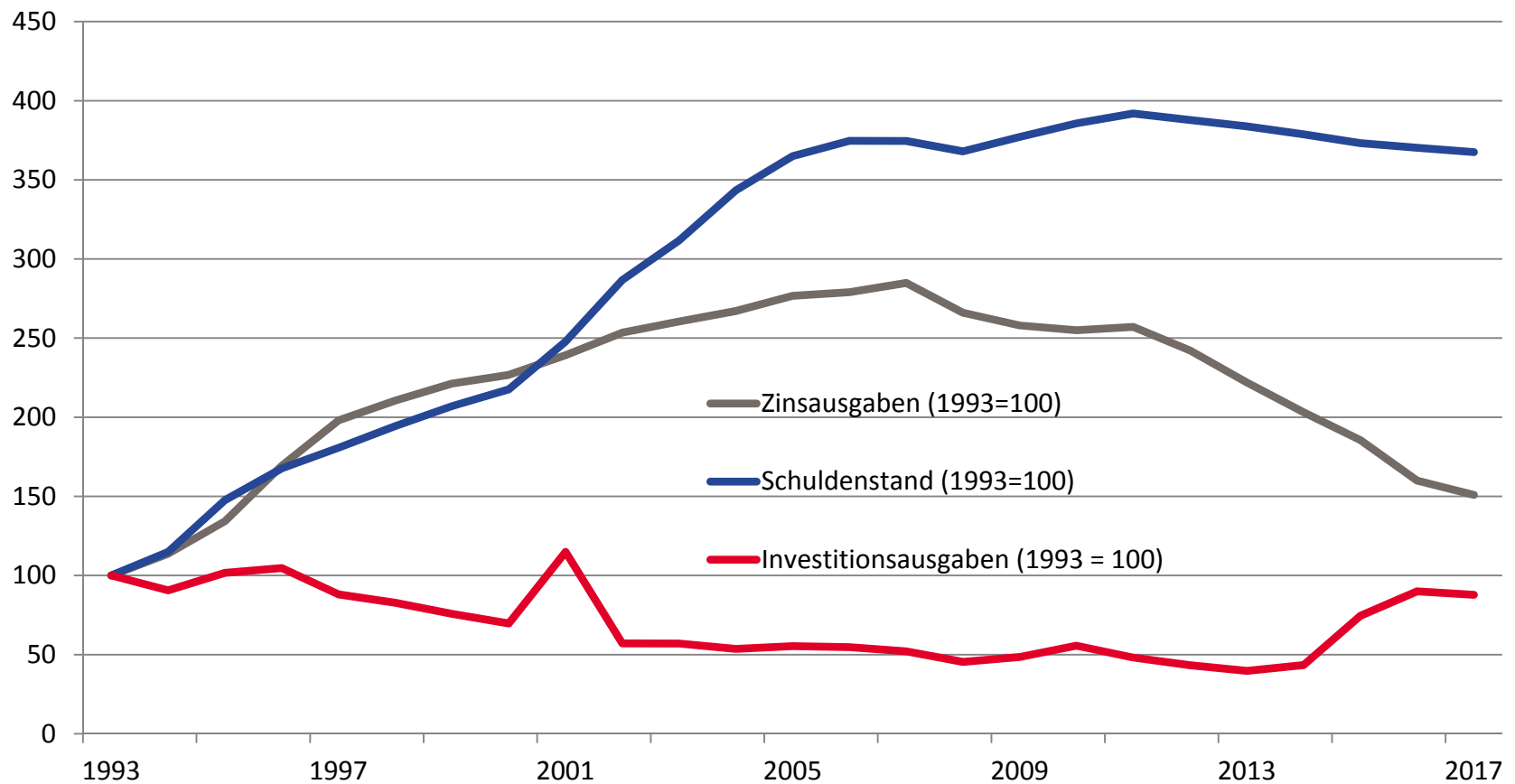
1. Ausgangslage

1.1 Berliner Schulden



1. Ausgangslage

Entwicklung ausgewählter Haushaltspositionen 1993 – 2017
(1993=100)



2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.2 Die Schuldenbremse der Länder im Grundgesetz

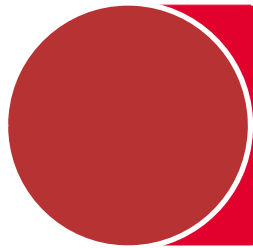
Bund	Länder
Strukturelle Kreditaufnahme	
zulässig in Höhe von 0,35% des BIP	nicht zulässig
Konjunkturelle Kreditaufnahme	
zulässig wenn symmetrisch je nach Konjunkturlage	nicht zulässig, außer bei landesgesetzlicher Regelung
Kredite bei Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen	
zulässig bei Mehrheitsbeschluss des Bundestages	nicht zulässig, außer bei landesgesetzlicher Regelung



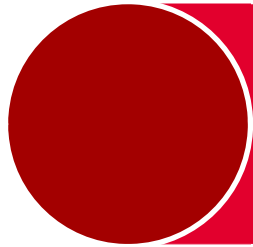
Ohne Landesgesetzliche Regelung ist keine Kreditaufnahme möglich

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

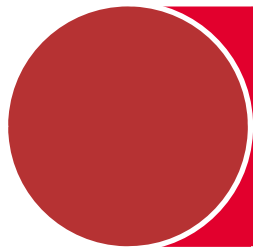
2.3 Regelungsinhalte



**Naturkatastrophen oder außergewöhnliche
Notsituationen inkl. Tilgungsregel**



Konjunkturbereinigungsverfahren



**Ausweichmöglichkeiten vermeiden - Finanzielle
Transaktionen und Extrahaushalte berücksichtigen**

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Regelungsinhalte



2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Regelungsinhalte



2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Regelungsinhalte

Konjunkturbereinigung in den Bundesländern

Steuertrendverfahren	Steuerniveauverfahren	Produktionslücken-verfahren
Aufnahme oder Tilgung von Krediten (schematisch)		
Abweichung der Steuereinnahmen von einem langfristigen Steuer-Wachstumstrend	Abweichung der Steuereinnahmen vom Durchschnitt der letzten Jahre	Abweichung der Ist-Steuereinnahmen von geschätzten Steuereinnahmen unter Beachtung der geschätzten Produktionslücke (Differenz zwischen BIP und BIP bei Normalproduktion)
Merkmale		
<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung landeseigener Daten • Große landeseigener Gestaltungsspielraum 		<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung externer und landeseigener Daten • Nähe zu EU-Methode und voraussichtlich StabiRat • Im Land Berlin erprobt
Anwendung		
BW, HH, RP	MV, SN, TH	HE, KonsHilf-Länder, SH

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Ausweichmöglichkeiten vermeiden

Finanzielle Transaktionen

- Finanzielle Transaktionen sind nicht-vermögenswirksame Ausgaben und Einnahmen
- Beispiele:
 - Kauf/ Verkauf von Beteiligungen
 - Vergabe/Rückzahlung von Darlehen
- Art. 115 GG gestattet Bund Finanzielle Transaktionen zu berücksichtigen
- Berücksichtigung finanzieller Transaktionen für Bundesländer fakultativ

Empfehlung: Finanzielle Transaktionen berücksichtigen

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

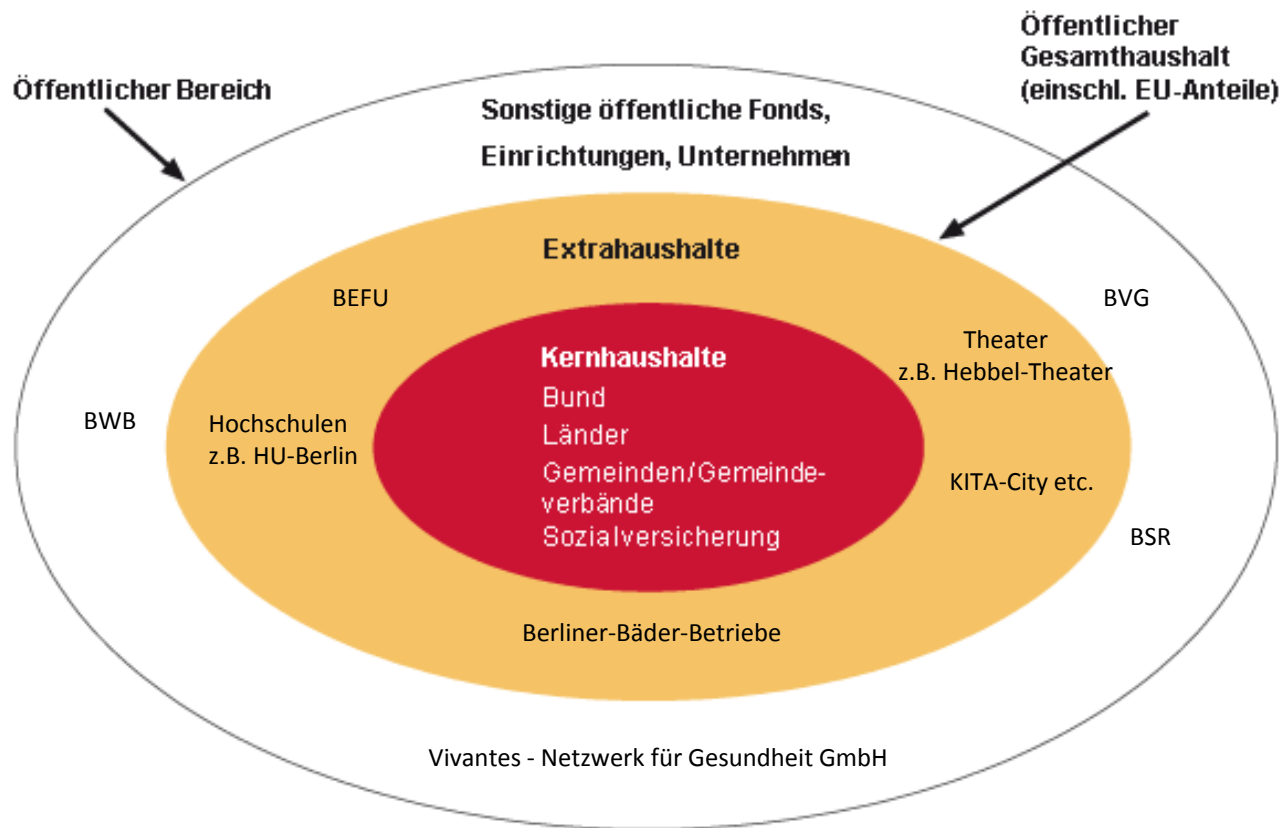
2.3 Regelungsinhalte

Wirkung Finanzieller Transaktionen	
Kauf einer Beteiligung Ausgabe: 100 Mio. €	Verkauf einer Beteiligung Einnahme: 100 Mio. €
Zulässige Nettokreditaufnahme bei konjunktureller Normallage	
0	0
Saldo Finanzieller Transaktionen	
Einnahmen: 0 Mio. € Ausgaben: 100 Mio. € Saldo= -100 Mio. €	Einnahmen: 100 Mio. € Ausgaben: 0 Mio. € Saldo= 100 Mio. €
Kreditaufnahme (-) od. Tilgung (+) <u>ohne</u> Berücksichtigung Finanzieller Transaktionen	
0	0
Kreditaufnahme (-) od. Tilgung (+) <u>mit</u> Berücksichtigung Finanzieller Transaktionen	
- 100 Mio. €	+ 100 Mio. €

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Regelungsinhalte

Schalenkonzept in den Finanz- und Personalstatistiken



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014

Regelungsbedarfe für eine landesgesetzliche Schuldenbremse

01/10/18

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.3 Regelungsinhalte

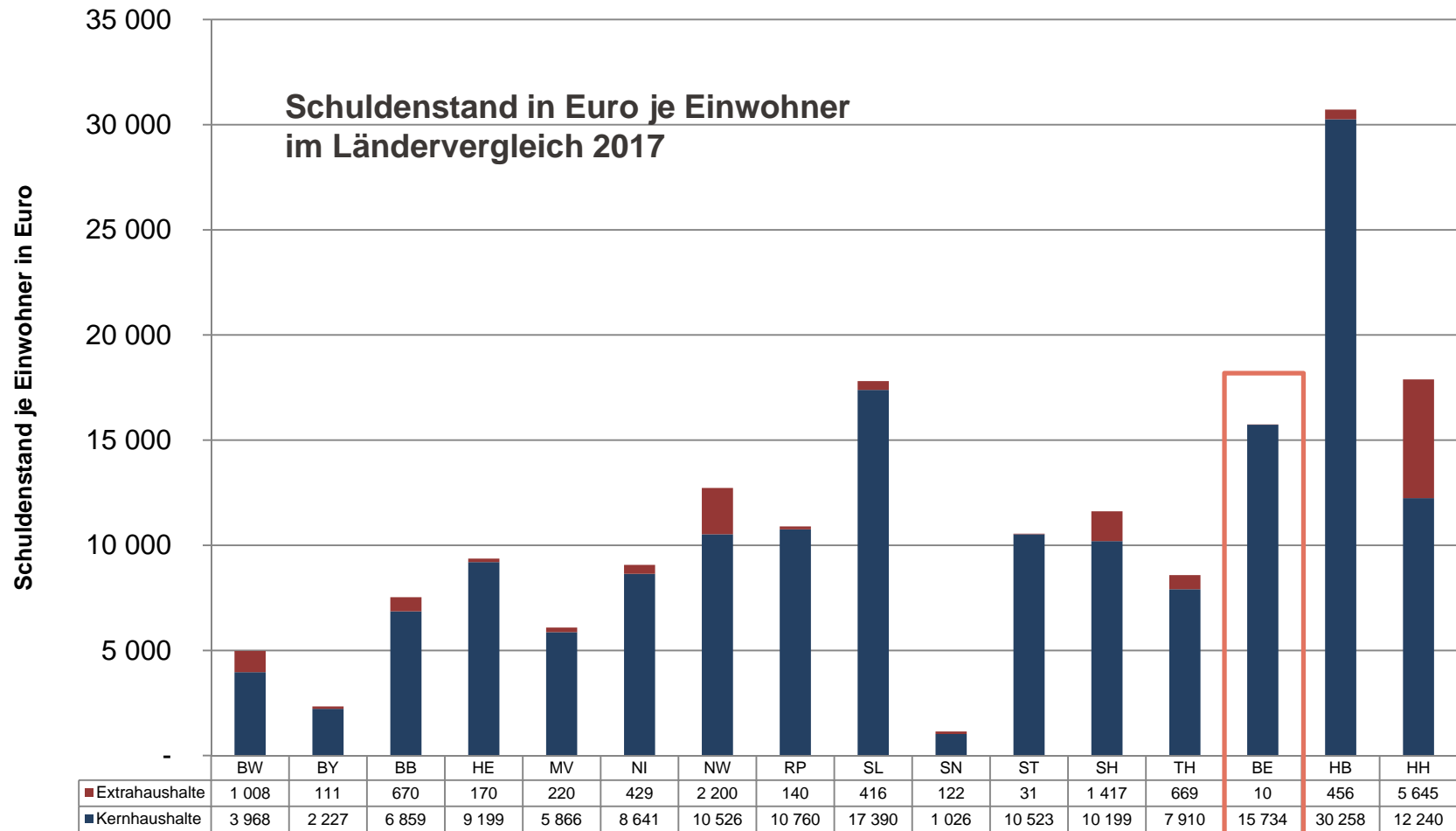
Extrahaushalte

- Nachhaltige Finanzpolitik nur bei glaubwürdiger Schuldenregel möglich
- EU berücksichtigt Extrahaushalte bei Defizitberechnung
- Gesamtdefizit der Länder nur mit Extrahaushalten vergleichbar

Empfehlung: Extrahaushalte berücksichtigen

1. Ausgangslage

1.1 Berliner Schulden



2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.4 Regelungsort

Regelung in Landesverfassung

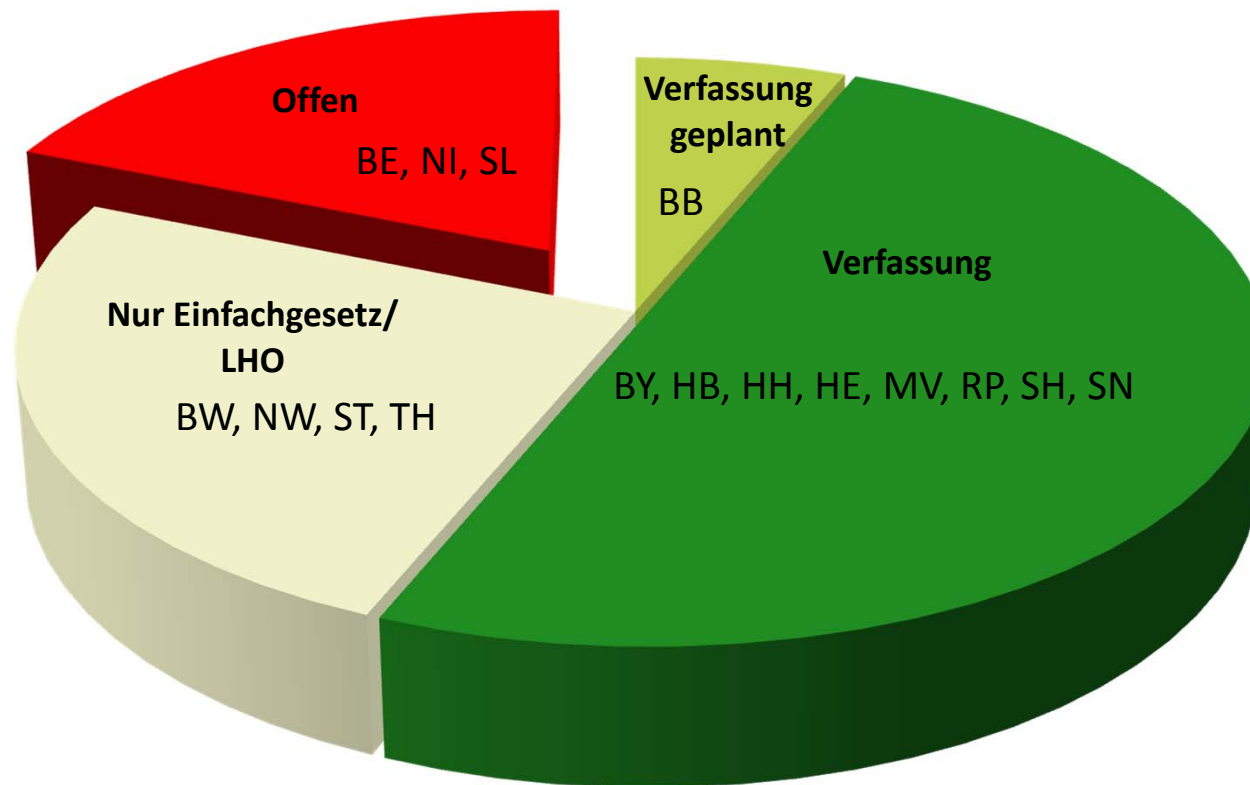
- Hoher rechtlicher Bindungsgrad
- Klagemöglichkeit vor Verfassungsgerichtshof
- höherer gesellschaftlicher Konsens bedingt mehr Stabilität
- Rechtskonsistenz zwischen Grundgesetz und Verfassung von Berlin

Einfachgesetzliche Regelung

- Schnelle flexible Anpassung an geänderten Rechtsrahmen oder an neue Erkenntnisse möglich

2. Regelungsbedarfe für den Landesgesetzgeber

2.4 Regelungsort




Zeitplan für landesgesetzliche Regel

- **Vorteil des späten Beginns:**
 - **Lernen von anderen Ländern**
 - **Herstellen von Konsistenz mit Lösung des Stabilitätsrates**
- **Ende Dezember 2018: Beginn der Haushaltsaufstellung 2020/2021**
- **Frühjahr 2019: Senatsbeschluss über Haushaltseckwerte**
- **Wirkung ab 1.1.2020**

Regelung – Jetzt aber schnell

Empfehlungen des Rechnungshofs

- 
- Verankerung der Schuldenbremse in Landesverfassung**
 - Starke parlamentarische Beteiligung z.B. bei Notsituationen vorsehen**
 - Transparentes und gut dokumentiertes Konjunkturbereinigungsverfahren einführen**
 - Ausweichmöglichkeiten gesetzlich vermeiden**
 - Schnelle Regelung für zuverlässige Haushaltsplanung**